

Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 24. Mai 2012, 15:00 Uhr, Ratssaal , Nr. 5/2012

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied BASU-Fraktion

Grundmandat Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Stellv. Fachbereichsleitung 50 Peter Albers
Thomas Hein

Protokollführer

Protokollführer Michael Dölling

Gäste

Herr Scherbeitz (Kassenärztliche Vereinigung)
Herr Abelmann (Facharzt für Allgemeinmedizin)
Herr Grotzek (Diakonie)
Frau Ratzer (AIDS-Hilfe)

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi
Beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26. Januar 2012 und 22. März 2012
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Zuschusszahlung an die GAQ für die Durchführung von Bürgerarbeitsprojekten **133/2012**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Sachstand zur Methadon-Versorgung in Wilhelmshaven
- 5.2 Sachstand zur Bürgerarbeit (15 Arbeitsplätze im Bereich Naturschutz)
- 5.3 Wahl des Seniorenbeirates
- 5.4 Vorstellung der Arbeit der Redaktionsgruppe "Junge Menschen in Wilhelmshaven"
- 5.5 Vorstellung der Wohngeldstelle

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26. Januar 2012 und 22. März 2012

Die Niederschriften über die öffentlichen Teile der Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.01.12 und 22.03.2012 wurden genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Zuschusszahlung an die GAQ für die Durchführung von 133/2012 Bürgerarbeitsprojekten

Der Vorsitzende, Herr Reese, trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Stoffers erläuterte anschließend die Beschlussvorlage und machte deutlich, dass es eines weiteren Ratsbeschlusses bedarf, da für die Finanzierung der Projekte auch die Jahre 2013 und 2014 betroffen sind.

Für das Bürgerarbeitsprojekt „Naturschutz“ hat die GAQ für den Zeitraum 01.07.2012 - 31.12.2014 15 BürgerarbeiterInnen ausgewählt. Es sollen Flächen im Stadtgebiet nachhaltig und ökologisch erhalten werden. Mögliche Tätigkeiten der BürgerarbeiterInnen seien das Bekämpfen von Bärenklau, Anlegen von Teichen, Herstellen von Fledermauskästen etc.

Im Rahmen des Bürgerarbeitsprojektes „Schülerlotsen/Busbegleitung“, das ebenfalls bis zum 31.12.2014 terminiert ist, sollen u. a. folgende Tätigkeiten ausgeführt werden: Busbegleitung bei der An- und Abfahrt zur und von der Schule, Präsenz an den Bushaltestellen, Lotsentätigkeit an Zebrastreifen, Durchführung der Schulanfangsaktion zusammen mit der Polizei, Mithilfe bei den Fahrradprüfungen der 4. Klassen gemeinsam mit Eltern und Polizei, Durchführung von Fahrradkontrollen zusätzlich zur Polizei und Besuch des Verkehrsgartens mit den 3. Klassen.

Das Arbeitgeberbrutto pro Maßnahmeteilnehmer betrage monatlich 1.080,- €. Dieser Aufwand werde durch das Bundesverwaltungsamt erstattet. Die Kosten für die entsprechenden Vorarbeiterstellen und die Sachkosten müssen durch die GAQ finanziert werden.

Sollten die Maßnahmen nicht über den geplanten Zeitraum laufen, würden diese Zuschüsse an die GAQ entsprechend verringert bzw. gestrichen.

Auf Nachfragen von Herrn Möhle und Frau Ober-Bloibaum führte Herr Stoffers aus, dass ursprünglich 100 Bürgerarbeitsplätze besetzt werden sollten. Auf Grund der restriktiven Genehmigungspraxis des Bundesverwaltungsamtes konnte dies bislang leider nicht umgesetzt werden, wobei man feststellen müsse, dass das Bundesverwaltungsamt inzwischen von dieser sehr strengen Auslegung abzuweichen scheine.

Unabhängig von den beiden hier angesprochenen Bürgerarbeitsprojekten seien in anderen Bereichen schon Plätze geschaffen worden (z. B. im Bereich der Hausaufgabenhilfe).

Als Kriterien für die Auswahl für Bürgerarbeitsplätze nannte Herr Stoffers, dass die Person seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sein müsse. Ein Mindestalter sei nicht festgesetzt. In Wilhelmshaven seien zunächst 1000 Personen des Jobcenters für das Programm „Bürgerarbeit“ ausgesucht worden. Das Jobcenter schlage im weiteren Verfahren den potentiellen Arbeitgebern BewerberInnen vor. Die Entscheidung, ob die BewerberInnen tatsächlich für die Bürgerarbeitsplätze geeignet seien, liege letztlich beim Arbeitgeber.

Herr Stoffers erläuterte detailliert, dass sich die Aufnahme der Tätigkeit für die BürgerarbeiterInnen lohne. Pro Monat würde ein Betrag von 1.080 € für 30 Wochenstunden gezahlt. Somit erhalten BürgerarbeiterInnen also zwischen 200 bis 250 € mehr als wenn sie keiner Tätigkeit nachgehen würden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven zahlt an die GAQ für die Durchführung der vom Bundesverwaltungsamt bis 31.12.2014 genehmigten Bürgerarbeitsprojekte „Schülerlotsen/Busbegleitung“ und „Naturschutz“ einen Zuschuss in Höhe der für die Projekte angemessenen Sachkosten sowie der Personalkosten für den/die durch die GAQ einzustellende/n VorarbeiterIn. Die Zuschüsse betragen in 2012 max. 35.000 €, in 2013 und 2014 jeweils max. 48.000 €. Soweit die Maßnahmen nicht für die gesamte genehmigte Laufzeit durchgeführt werden, verringern sich die Zuschüsse entsprechend.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Sachstand zur Methadon-Versorgung in Wilhelmshaven

Herr Stoffers führte in die Thematik ein und erinnerte an den Antrag der SPD-Fraktion in der Sitzung vom 22.03.2012, die Situation der Methadonsubstitution zu verbessern. Dieser Antrag wurde zurückgestellt und der Verwaltung aufgetragen, mit den beteiligten Personen und Vertretern der Institutionen nochmals ein Gespräch zu führen.

Daraufhin habe man mit Herrn Scherbeitz, Kassenärztliche Vereinigung (KV), Kontakt aufgenommen und ihn zur heutigen Sitzung eingeladen.

Herr Scherbeitz erläuterte die Rahmenbedingungen für die Methadonversorgung. Die KV habe einen gesetzlich normierten Sicherstellungsauftrag, d.h., dass die KV dafür Sorge tragen müsse, dass die möglichen ärztlichen Leistungen auch tatsächlich angeboten werden. Zu diesen Leistungen zähle auch die Substitution mit Methadon.

Herr Scherbeitz führte weiter aus, dass die KV mit freien, niedergelassenen Ärzten zusammenarbeite, diese jedoch nicht verpflichten könne, auch tatsächlich jede Leistung anzubieten. Die KV bemühe sich zwar schon seit Jahren, genügend Ärzte für diese schwierige Aufgabe zu finden, jedoch bisher mit relativ geringem Erfolg. Weiterhin machte er deutlich, dass sich die Situation der Methadonversorgung deutlich verbessern würde, wenn es eine zentrale, vernünftig ausgestattete Methadonpraxis gäbe. Hier sähe er auch eine Mitwirkungsmöglichkeit für die Stadt bei der Lösung des Problems.

Auf Bitte des Vorsitzenden, Herrn Reese, schilderte dann Herr Abelmann, ein langjährig substituierender Arzt, aus seiner Sicht die aktuelle Situation zur Methadonversorgung in Wilhelmshaven. Zurzeit betreue er 24 Patienten. Er machte deutlich, dass zur Substitution nicht nur die reine Abgabe des Medikaments gehöre, sondern eine weitergehende Betreuung der Patienten erforderlich sei. Er wies ebenfalls darauf hin, dass es schwierig sei, Kollegen/Innen für die Substitution zu finden. Ein schwieriges Klientel, Wochenendarbeit und evtl. Konflikte mit der Staatsanwaltschaft seien große Hinderungsgründe, sich in diesem Bereich zu

engagieren.

Herr Grotzek, Diakonie, wies darauf hin, dass es das Thema Substitution schon seit 15 bis 20 Jahre gäbe. Seiner Meinung nach habe sich im Laufe der Zeit schon Einiges getan. Die Behandlung mit Methadon mache aus seiner Sicht Sinn, allerdings verwies er auch darauf, dass bei den Suchtkrankheiten „Alkoholismus“ mittlerweile ein wesentlich größeres Problem darstelle.

Frau Ratzer von der Aidshilfe, deren Wortmeldung zuvor vom Ausschuss zugelassen wurde, stellte eine wachsende Verelendung bei den Personen fest, die keine Möglichkeit auf die Methadonsubstitution haben und eine große Verunsicherung bei Substituierten, da sie nicht wüssten, wie lange sie noch substituiert werden würden.

Aus der sich anschließenden Diskussion, an der sich Frau Ober-Bloibaum, Frau Linsen-Steiner, Frau Biester, Herr Büscher, Herr Walpurgis, Herr Scherbeitz, Herr Stasch und Herr Abelmann beteiligten, ergab sich, dass das Fehlen geeigneter Praxisräume (zwei Untersuchungsräume, ein kleines Labor und zwei getrennte Toiletten für Personal und Patienten) das Hauptproblem darstelle, weil es sehr schwer sei, auf dem freien Markt wegen des als problematisch geltenden Klientels geeignete Räumlichkeiten zu finden. Nach Aussage von Herrn Abelmann sei die Finanzierung für ihn nicht das größte Problem.

Abschließend machte Herr Stoffers das Angebot, Herrn Leinert, Geschäftsführer GGS, nach entsprechenden Räumlichkeiten anzusprechen.

Herr Abelmann würde, mit einem langfristigen Mietvertrag ausgestattet, auch in die Praxisräume investieren.

Der Vorsitzende, Herr Reese, verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass die heutige Diskussion der erste Schritt zur Lösung des Problems sei.

5.2 Sachstand zur Bürgerarbeit (15 Arbeitsplätze im Bereich Naturschutz)

Der Vorsitzende, Herr Reese, verwies bei diesem Tagesordnungspunkt auf die Ausführungen von Herrn Stoffers zum Tagesordnungspunkt 4.1.

5.3 Wahl des Seniorenbeirates

Herr Albers führte aus, dass die Verwaltung zurzeit damit beschäftigt sei, eine neue Wahlordnung zu erarbeiten. Ein ausgearbeiteter Entwurf müsse jedoch noch vom Rechtsamt geprüft werden, so dass noch keine beschlussreife Vorlage in den Ausschuss eingebracht werden konnte.

Der Vorsitzende, Herr Reese, erinnerte noch einmal daran, dass man sich auf Grund der geringen Resonanz bei den Wahlvorschlägen entschieden habe, die eigentliche anstehende Wahl nicht durchzuführen und bedauerte, dass nicht mehr Personen von ihrem demokratisch verbrieften Recht Gebrauch gemacht haben.

Herr Kaluza führte aus, dass zukünftig in einer Urwahl sogenannte Abgeordnete und keine Delegierten gewählt werden sollen. Ein angedachter Termin für die nächste Wahl des Seniorenbeirates sei der nächste Landtagswahltermin.

Auf Nachfrage von Herrn Walpurgis ergänzte Herr Kaluza, dass die Information über die Durchführung zur Wahl des Seniorenbeirates durch die ortsansässigen Medien geschehe.

5.4 Vorstellung der Arbeit der Redaktionsgruppe "Junge Menschen in Wilhelmshaven"

Herr Sieberns stellte die Arbeit der Redaktionsgruppe „Junge Menschen in Wilhelmshaven“ (s. Anlage 1) vor.

Der Grund für die Bildung dieser Redaktionsgruppe liege darin, dass es nach Informationen des sozialpsychiatrischen Dienstes eine wachsende Zahl an jungen Menschen in Wilhelmshaven gäbe, die unversorgt in Wilhelmshaven leben würde für die keine Institution zuständig sei. Nach Einschätzung der Redaktionsgruppe handelt es sich um ca. 500 bis 650 unversorgte junge Menschen.

Der Jugendhilfeausschuss habe der Verwaltung den Auftrag erteilt, ein detailliertes Konzept zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit bis Herbst 2012 vorzulegen.

In der anschließenden Diskussion über die Einstellung der jungen Menschen, das vorhandene Angebot für diesen Personenkreis sowie über Erfahrungen, die mit den jungen Menschen gemacht wurden, beteiligten sich Herr Büscher, Herr Reese, Frau Biester und Frau Ober-Bloibaum.

Der Vorsitzende, Herr Reese, stellte abschließend fest, dass dieses Thema den SoG noch lange beschäftigen werde.

5.5 Vorstellung der Wohngeldstelle

Herr Hein, Leiter der Wohngeldstelle, stellte die Bundessozialleistung „Wohngeld“ vor (s. Anlage 2).

Besonders zu erwähnen sei, dass es beim Wohngeld im Gegensatz zum SGB II vom Gesetzgeber festgelegte Miethöchstbeträge und sehr viel höhere Vermögensfreibeträge gäbe.

Herr Hein wies darauf hin, dass die im Internet angebotenen Wohngeldrechner aufgrund der u.a. erforderlichen Einkommensprognose sowie der Tatsache, dass Bruttoeinkommen einzugeben seien, häufig nicht zu korrekten Ergebnissen führe. Er warb dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger sich zwecks einer Vorabberechnung direkt an die Wohngeldstelle wenden sollten.

Auf Nachfrage von Herrn Büscher erklärte Herr Hein, dass es bei der Wohngeldberechnung seit 2008 keine Unterschiede mehr zwischen Alt- und Neubauten gäbe.

.

